

2. Die Einkommensteuer in Großbritannien

2.1 Grundlagen der Einkommensteuer in Großbritannien

Die Einkommenssteuer in Großbritannien fällt unter die Ertragsteuern und betrifft die Einkommen von natürlichen Personen und die Einkünfte von Gesellschaftern von Personengesellschaften, sogenannten *Partnerships*. Das britische Steuerrecht orientiert sich in seinem Aufbau an der Systematik

- Persönliche Steuerpflicht: Wer kommt für die Einkommenssteuer in Frage?
- Sachliche Steuerpflicht: Was stellt den Steuergegenstand dar?
- Bemessungsgrundlage
- Steuertarif

Rechtsgrundlagen für die Erhebung der Einkommenssteuer ist hauptsächlich der Income and Corporation Taxes Act 1988 und der Income Tax (Earnings and Pensions Act) 2003. Die Einkommenssteuer wird, wie unter 1.3 bereits dargestellt, jedes Jahr durch die Finance Acts neu gebilligt und unterliegt deshalb auch jährlichen Änderungen.

2.2 Die Steuerpflicht in Großbritannien

2.2.1 Die persönliche Steuerpflicht

Soweit eine natürliche Person in Großbritannien ansässig ist, ist sie unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig. Die Steuerpflicht greift dann für ihr gesamtes weltweit erzielt Einkommen ein („Welteinkommensprinzip“). Das heißt, dass jegliche in Großbritannien erzielten Einkünfte, sowie die übrigen, weltweit erlangten Einkünfte, der Besteuerung durch den britischen Fiskus unterliegen.

Besteuert wird nach der *arising basis*. Dies bedeutet:

Der Steuerpflichtige hat auf alle im Vereinigten Königreich erzielten Einkünfte, Einkünfte aus ausländischen Quellen und weltweit erzielten Gewinnen aus Verfügungen über Vermögensgegenstände Steuern zu zahlen.

Die Steuerpflicht in Großbritannien richtet sich grundsätzlich nach den Verhältnissen des Steuerpflichtigen, dem sogenannten persönlichen Status. Bedeutend sind in diesem Zusammenhang die Begriffe:

- Resident
- Ordinarily Resident
- Domicile

2.2.1.1 Resident

Eine natürliche Person ist in Großbritannien mit dem gesamten Welteinkommen unbeschränkt einkommensteuerpflichtig, wenn sie hier *resident* ist.¹ Der Begriff *resident* kann vom Verständnis her grundsätzlich mit dem deutschen Begriff des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltsortes gemäß §§ 8, 9 AO gleichgesetzt werden. Es muss an dieser Stelle aber ausdrücklich festgestellt werden, dass es für den Begriff *resident* in Großbritannien keine gesetzliche Definition gibt.

Der Begriff leitet sich vielmehr aus den Urteilen der Rechtsprechung ab und wird anhand der tatsächlichen Umstände des Steuerpflichtigen bestimmt. Dabei zählen nicht nur die Tage des Aufenthaltes im Inland zu den zu beachtenden Faktoren, sondern es muss eine Wertung der Gesamtumstände vorgenommen werden.

Zur Bestimmung, ob der Wohnsitz oder der Aufenthaltsort des Steuerpflichtigen in Großbritannien liegt, existieren folgende Regelungen:

Es existiert eine Möglichkeit, bei der nur anhand der im Steuerjahr im Vereinigten Königreich verbrachten Tage ein Wohnort angenommen wird: Ein Steuerpflichtiger gilt dann als *resident* in Großbritannien, wenn er mindestens 183 Tage innerhalb eines Steuerjahrs (beachte: 6. April bis 5. April des Folgejahres) hier verbracht hat.² Sollte der Steuerpflichtige diese Anzahl an Tagen in Großbritannien verbracht haben, gilt er unwiderlegbar als *resident*.

Verbringt eine natürliche Person mehr als 183 Tage im Steuerjahr in Großbritannien, dann gilt sie unwiderlegbar als *resident*.

Eine wichtige Ausnahme dazu stellt der Sonderfall des internationalen Studenten dar. Kommt eine Person ausschließlich nach Großbritannien, um dort zu studieren oder zu lernen, dann gilt sie zwar aufgrund der 183-Tage-Regelung als in Großbritannien *resident*, jedoch unterfallen ihre ausländischen Einkünfte, die sie in das Vereinigte Königreich bringt, nicht der Besteuerung durch den britischen Fiskus. Diese Einkünfte werden bis zu einer Höhe von £15.000 pro Steuerjahr als notwendige Mittel zur Bestreitung des Unterhaltes angesehen und nicht besteuert.

Zum Unterhalt zählen insbesondere die Kosten für Unterkunft, Essen, Trinken und Aufwendungen für Studienmittel. In dem Betrag von £15.000 sind dabei noch keine Studiengebühren inbegriffen. Diese können zusätzlich zu diesem Betrag nach Großbritannien verbracht werden, da auch sie zum Unterhalt gezählt werden. Diese Ausnahme gilt jedoch nur, wenn es sich um ein Land handelt, mit dem Großbritannien ein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen hat und ferner nur, wenn der internationale Student seine gesamten ausländischen Einkünfte nach Großbritannien verbringt.

¹ Fallrecht dazu: *Levene v IRC*; *Gaines-Cooper v HMRC* [2007] STC (SCD) 23; *de Rothschild v Lawrenson* [1995] STC 623; *Tilling v Whiteman* [1980] AC 1; *Hankinson v Revenue and Customs Commissioners* [2008] STC (SCD) 377; *Grace v Revenue and Customs Commissioners* [2008] STC (SCD) 531.

² ITA 2007 Section 831.

Eine wichtige Frage, die sich in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit immer wieder gestellt hat, ist, welche Tage bei der 183-Tage-Regelung zu zählen sind. Insbesondere stellt sich diese Frage für An- und Abreisetage. Eine Vorschrift existiert dafür nun im Finance Act 2008.³ Danach gilt jeder Tag, an dem der Steuerpflichtige sich um Mitternacht in Großbritannien aufhält, als zählbarer Tag.⁴ Diese Regelung gilt seit Beginn des Steuerjahres 2008/2009 und somit ab dem 6. April 2008.

Eine Ausnahme wird nur dann gemacht, wenn es sich um einen Reisenden handelt, der sich nur zu Übernachtungszwecken und auf der Durchreise in Großbritannien aufhält.⁵ In diesen Fällen werden die Tage, an denen er sich um Mitternacht im Inland aufhält, nicht gezählt und auch nicht der Tag, an dem er das Land wieder verlässt.⁶ Aber auch zu dieser Ausnahme existiert eine Rückausnahme: Sollte der Reisende Aktivitäten nachgehen, die nicht in Bezug zu seiner Durchreise stehen, darunter sind beispielsweise geschäftliche Meetings, Theaterbesuche oder andere soziale Aktivitäten zu verstehen, erfolgt sehr wohl eine Anrechnung der in Großbritannien verbrachten Tage unter der 183-Tage-Regelung.

Hat sich ein Steuerpflichtiger innerhalb von vier Jahren durchschnittlich jeweils 91 Tage oder länger im Vereinigten Königreich als Besucher aufgehalten, gilt auch hier eine Sonderregelung⁷: Der Steuerpflichtige gilt ab dem Beginn des fünften Jahres als resident und damit als unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig.

Beispiel:

Berechnungsbeispiel für diesen Fall mit der Formel

Durchschnittlich in Großbritannien verbrachte Tage =
Gesamtanzahl der verbrachten Tage in Großbritannien/Anzahl der Tage in den
Steuerjahren * 365

Der Steuerpflichtige verbringt folgende Tage in den jeweiligen Steuerjahren in Großbritannien:

50 Tage im Steuerjahr 2008/09	(365 Tage im Steuerjahr)
45 Tage im Steuerjahr 2009/10	(365 Tage im Steuerjahr)
114 Tage im Steuerjahr 2010/11	(365 Tage im Steuerjahr)
61 Tage im Steuerjahr 2011/12	(366 Tage im Steuerjahr)
$(50+45+114+61) / (365+365+365+366) * 365 = \underline{67,16}$	

In diesem Fall gilt die Person nicht als resident in der UK und unterliegt somit nicht der Besteuerung durch den britischen Fiskus.

³ Finance Act 2008 (FA 2008) Section 24 (3).

⁴ Francesca Lagerberg, British Tax Review 2008, S. 425.

⁵ Francesca Lagerberg, British Tax Review 2008, S. 425.

⁶ HMRC Guidance Residence, Domicile and the Remittance Basis, www.hmrc.gov.uk/cnr/hmrc6.pdf, S. 8.

⁷ Tax Handbook 2011-2012, 33.2.2.

Ferner unterfällt sein gesamtes Welteinkommen der Besteuerung durch den britischen Fiskus, wenn der Steuerpflichtige die nach außen erkennbare Absicht hat, in Großbritannien für mehr als zwei Jahre verweilen zu wollen und hier seinen festen Lebensmittelpunkt plant. Sollte er diese Intention haben, gilt er mit dem Zuzug in das Vereinigte Königreich als unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig.

Sollten die genannten Fälle nicht vorliegen, entscheidet eine Vielzahl von Umständen, ob die Person im Vereinigten Königreich einen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat oder nicht. Es hängt wesentlich davon ab, welche Zwecke man mit dem Aufenthalt in Großbritannien verfolgt. Weiterhin ist auf die Muster des Aufenthaltes und die Beziehungen in das Vereinigte Königreich abzustellen.

Bestimmte Indizien können, unter Gesamtwürdigung aller Umstände, einen Wohnsitz im Vereinigten Königreich begründen:

- Soziale Bindungen, wie etwa die Vereinsmitgliedschaft oder auch die Mitgliedschaft in anderen Verbindungen. Das setzt voraus, dass die Person ein regelmäßiges Engagement im Verein oder in der Verbindung zeigt. Ein solches kann schon dann angenommen werden, wenn sie ausschließlich für ein jährlich stattfindendes Event nach England anreist.
- Die Person kann des Weiteren durch ein Haus oder eine Wohnung gebunden sein. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich nur um ein gemietetes Objekt handelt oder der Steuerpflichtige Eigentümer ist oder ob nur Grundeigentum für Investitionszwecke vorliegt. Ausschlaggebend ist, dass für die Person die Möglichkeit der Unterkunft während des Aufenthaltes im Vereinigten Königreich besteht.
- Ein weiteres, sehr wichtiges Indiz sind familiäre Bindungen. Beispielsweise können ein in Großbritannien lebender Ehe- oder Lebenspartner, aber auch Kinder und andere Familienmitglieder, ein starkes Indiz darstellen und für einen Aufenthalt bzw. Wohnsitz sprechen.
- Ferner müssen auch geschäftliche Beziehungen berücksichtigt werden. Gemeint ist, dass der Steuerpflichtige beispielsweise ein eigenes Unternehmen in Großbritannien führt oder auch nur Geschäftsführer eines solchen ist. Des Weiteren unterfällt auch eine Anstellung in Großbritannien unter den Begriff der geschäftlichen Beziehungen. In einem solchen Fall müssen die Natur der Pflichten aus dem Anstellungsverhältnis, die Häufigkeit und der Umfang beachtet werden. Keinen Ausschlag gibt etwa der Fakt, dass die Pflichten nicht der Besteuerung im Vereinigten Königreich, etwa aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens, unterliegen.

Wird eine natürliche Person als *resident* in Großbritannien angesehen, dann gilt dies für den gesamten Zeitraum eines Steuerjahres. Ausnahmen werden nur für solche Jahre gemacht, in denen eine Person ins Vereinigte Königreich übersiedelt oder auch wegzieht. Für diese entsprechenden Jahre wird die Steuer anhand der Zeit, die der Steuerpflichtige hier gelebt hat, kalkuliert und nicht anhand des gesamten Steuerjahres. Das heißt, dass das Steuerjahr in einen *non-resident* und einen *resident* Teil aufgespalten wird:

Beispiel:

Erfolgte der Zuzug einer natürlichen Person beispielsweise im Dezember 2011, dann gilt sie ab 01.12.2011 als ansässig und damit unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig in Großbritannien. Der Besteuerung im Steuerjahr 2011/12 unterliegen daher nur vier Monate, nämlich die Monate Dezember 2011 bis März 2012. Für die Monate April bis November 2011 gilt sie als nicht *resident* und muss daher für diesen Zeitraum auch keine Steuer in Großbritannien abführen.

Das Steuerjahr wird zudem aufgespaltet, wenn der Steuerpflichtige seinen Ehegatten oder Lebensgefährten begleitet, wenn dieser Großbritannien verlässt, um eine Vollzeitstelle im Ausland anzunehmen.

Es ist festzuhalten, dass derjenige, der nach den genannten Kriterien als *resident* in Großbritannien gilt, hier mit seinem Welteinkommen der Einkommenssteuer unterliegt. Eine Besteuerung aller Einkünfte weltweit erfolgt, wie bereits oben dargestellt, unabhängig davon, in welchem Land diese erzielt wurden.

Im Einzelnen werden daher folgende Einkommen besteuert:

- Einkünfte, die in Großbritannien zugeflossen sind
- Einkünfte, die außerhalb von Großbritannien zugeflossen sind
- Weltweit erzielte Gewinne aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen

Besteuert wird dabei nach dem Zuflußprinzip. Dieses lässt sich mit der Regelung in § 11 EStG gleichsetzen. Das heißt, dass Einkünfte dann als bezogen gelten, wenn sie dem Steuerpflichtigen auch tatsächlich zugeflossen sind und er über sie die wirtschaftliche Verfügungsmacht erlangt hat. Eine bloße Lohnforderung beispielsweise stellt damit noch kein zugeflossenes Einkommen dar.

2.2.1.2 Ordinarily Resident

Eine gesetzliche Definition existiert für den steuerlich relevanten Begriff *ordinarily resident* nicht. Vielmehr wurde die Bedeutung dieses Begriffs im Fall *Barnet LBC v Shah* klargestellt.⁸

Nach dieser Entscheidung sind die Worte ihrem klaren Wortlaut nach auszulegen und anzuwenden und nicht mit dem Begriff *domiciled* gleichzusetzen.

Ordinarily resident ist der Steuerpflichtige danach, wenn es für ihn typisch ist, dass er sich in Großbritannien aufhält: wenn er sozusagen seinen „gewöhnlichen“ Aufenthalt hier hat. Dabei wird von einer noch stärkeren Verbindung nach Großbritannien ausgegangen als bei dem bereits erwähnten Begriff *resident*.

⁸ Weitere Gerichtsentscheidungen dazu sind: *Britto v The Secretary of State for the Home Department* 1984 Imm AR 93; *Cooper v Cadwalader* 1904 5 Tax Cas.101; *Loewenstein v De Salis* 1926 10 Tax Cas 424; *AG v Coote* (1817) 4 Price 183; *The Secretary of State for the Home Department v Rekha Ashok Kumar Jayantilal Haria* 1986 Imm AR 165; *R v Immigration Appeal Tribunal ex parte Sai Ho Frederick Ng* 1986 Imm AR 23 (QBD)

Unproblematisch ist dies, wenn der Steuerpflichtige bereits sein ganzes Leben hier verbracht hat. In diesem Fall hat er auch automatisch seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Vereinigten Königreich.

Sollte dies nicht der Fall sein, sind zwei Punkte nach der Entscheidung im Fall *Barnet LBC v Shah* für den „gewöhnlichen“ Aufenthalt von ausschlaggebender Bedeutung: Ein gewöhnlicher Aufenthalt in Großbritannien kann nur angenommen werden, wenn der Steuerpflichtige sich zum einen freiwillig im Land aufhält und seine Anwesenheit hier zum anderen den Zweck verfolgt, sich niederzulassen und damit die Absicht verfolgt, eine gewisse Sesshaftigkeit im Vereinigten Königreich zu begründen. Das kann auch nur einen überschaubaren Zeitraum betreffen, wenn bereits damit das Ziel verfolgt wird, sich hier anzusiedeln. Die oben genannten Indizien wie Familie, Verwandtschaft, Arbeitsverhältnisse, Liebe zum Land etc. können auch hier ausschlaggebend sein.

Weiterhin ist der Steuerpflichtige *ordinarily resident*, wenn es seinen Gewohnheiten entspricht, hier zu leben und es als für ihn typisch angesehen wird. Sowohl kurzzeitige als auch längere Aufenthalte im Ausland schaden der Annahme eines gewöhnlichen Aufenthaltsortes nicht.

Für die Einordnung als *ordinarily resident* sind zwei Merkmale ausschlaggebend:

1. Der Aufenthalt muss freiwillig sein und
2. der Steuerpflichtige muss die Absicht haben sich niederzulassen.

Entscheidend für die Einordnung als *ordinarily resident* sind demnach immer auch die Gründe der Anwesenheit sowohl in Großbritannien als auch in einem anderen Land. Weiterhin müssen die Gründe des Zuzuges oder auch des Verlassens, der Lebensstil und die allgemeinen Gewohnheiten beachtet werden.

Kommt der Steuerpflichtige daher ohne ernsthafte Absichten der Sesshaftigkeit nach Großbritannien oder ist er diesbezüglich noch unentschlossen, kann nicht von *ordinarily resident* gesprochen werden. Auch bei einer Inhaftierung kann kein gewöhnlicher Aufenthalt begründet werden, da es in diesem Fall an der ersten Voraussetzung, der Freiwilligkeit, fehlt.

Möglich ist es zudem, dass der Steuerpflichtige zwar *resident* ist, aber dann nicht *ordinarily resident* oder dass er sogar in zwei Staaten seinen gewöhnlichen Aufenthalt pflegt.

Zu beachten ist, dass ein Steuerpflichtiger, der im Vereinigten Königreich drei oder mehr Jahre gelebt hat, als niedergelassen gilt⁹ und damit seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort dort hat.

Nach drei oder mehr Jahren des Aufenthaltes in Großbritannien gilt der Steuerpflichtige automatisch als *ordinarily resident*.

Auswirkungen des Kriteriums des *ordinarily resident* hat es insbesondere, wenn der Steuerpflichtige neben seinen Einkünften aus Großbritannien auch ausländische Einkünfte

⁹ Tax Handbook, 33.2.5.

te erzielt. Für diese letztgenannten Einkünfte gelten dann besondere Regelungen. Der Steuerpflichtige hat in diesem Falle die Möglichkeit, Einkünfte nicht nach dem Zuflussprinzip, sondern nach dem Verbringungsprinzip, der sogenannten *Remittance Basis* zu besteuern. *Remittance Basis* bedeutet, dass der Steuerpflichtige nur das Einkommen versteuern muss, das er körperlich nach Großbritannien verbracht hat. Dazu mehr unter Teil 3.

2.2.1.3 Domicile

Bei der Behandlung von Einkünfte spielt der Begriff *domiciled* neben den Begriffen *ordinarily resident* und *resident* in Großbritannien eine sehr wichtige Rolle. Dies gilt insbesondere, wenn der Steuerpflichtige auch Einkünfte aus Quellen außerhalb von Großbritannien erzielt. Die Problematik des grenzüberschreitenden Bezugs wird in Teil 3 erläutert.

Auch hier ist wiederum die Ausnahme des internationalen Studenten zu beachten, der nur zu Studienzwecken nach Großbritannien kommt. Diese werden nie als im Vereinigten Königreich domiziliert angesehen. Eine Besteuerung der Einkünfte aus anderen Ländern erfolgt bei einer vollständigen Verbringung dieser bis zu einer Höhe von £15.000 nicht.

Es existiert keine allgemeingültige Definition für den Begriff des *domiciled*.

Am nächsten kommt dem Begriff im deutschen Sprachgebrauch die Wörter „Heimat“ oder „Ursprungswohnsitz“. Diese sollen deshalb im Folgenden auch dafür verwendet werden.

Fest steht, dass jeder Steuerpflichtige immer nur eine Heimat haben kann und dass keine Person ohne eine solche ist. Weiterhin wird angenommen, dass sich die Heimat normalerweise in dem Staat befindet, in dem man sich permanent aufhält. Es ist stets unabhängig von der eigenen Nationalität oder dem Wohnort, obwohl diese zwei Punkte auch Anhaltspunkte dafür sein können. Auch die Registrierung als Überseewähler und die Teilnahme an Wahlen im Ausland ist kein Kriterium das gegen ein Domizil in Großbritannien spricht.

Es handelt sich um eine Einordnung, die allein anhand der persönlichen Sphäre des Steuerpflichtigen erfolgen muss. Es werden dabei drei verschiedene Arten des Begriffs *domiciled* unterschieden:

2.2.1.3.1 Domicile of origin

Beheimatet ist man grundsätzlich da, wo der Vater des Steuerpflichtigen im Zeitpunkt der Geburt *domiciled* war (*domicil of origin*). Der Ursprungswohnsitz kann durch Adoption geändert werden und leitet sich dann von dem des Adoptivvaters ab.

Sollten die Eltern bei der Geburt der betreffenden Person nicht verheiratet gewesen oder der Vater bereits verstorben sein, wird das *domicile* durch den Ursprungswohnsitz der Mutter bestimmt.¹⁰ Dasselbe gilt, wenn die Mutter in einem solchen Fall bei der Geburt stirbt. Auch dann richtet sich die Heimat des Kindes nach der, der Mutter.¹¹ Es kommt dabei nicht darauf an, in welchem Land der Steuerpflichtige selbst geboren wurde. Wurde

¹⁰ Trolley's Tax Guide 2011-2012, 41.8.

¹¹ Simons's Taxes 19.202.

die Person beispielsweise in Großbritannien geboren, bedeutet das nicht automatisch, dass sie auch hier ihre Heimat hat.

Seine Heimat behält man bis zu dem Zeitpunkt, in dem man nicht bewusst eine neue begründen möchte bzw. begründet. Dies ist nur unter engen Voraussetzungen möglich.

Das *domicile of origin* kann sich ferner durch Adoption ändern. Das Domizil hängt im Zeitraum der rechtlichen Abhängigkeit, d.h. bis zum Erreichen der vollständigen Geschäftsfähigkeit, stets vom gesetzlichen Vertreter, damit normalerweise den Eltern oder Adoptiveltern, ab. Ändert der gesetzliche Vertreter in diesem Zeitraum seinen Ursprungswohnsitz, dann ändert sich auch automatisch der des Minderjährigen.

Beispiel:

Das *domicile of origin* sei anhand eines kleinen Beispiels nochmals erläutert:

Ein Kind wird in Großbritannien geboren. Die Eltern des Kindes sind verheiratet, stammen aus Spanien und leben dort auch. Das Kind hat gemäß dem oben Dargestellten keine Heimat im Vereinigten Königreich, obwohl es in diesem Land geboren wurde. Vielmehr leitet sich seine Heimat von der des Vaters ab, da die Eltern des Kindes miteinander verheiratet sind.

Der Vater hat seinen Ursprungswohnsitz in Spanien, da er von dort stammt und immer noch dort lebt. Der Vater ist daher *non-domiciled* in Großbritannien. Die Heimat des Kindes liegt folglich in Spanien und bleibt dort mindestens bis zur Erlangung der Volljährigkeit des Kindes. Sollte der spanische Vater aber im Kindesalter des Steuerpflichtigen versterben und dieser dann von einem in Großbritannien beheimateten Pärchen adoptiert werden, kommt es zu einem automatischen Verlagerung des Ursprungswohnsitzes nach Großbritannien.

2.2.1.3.2 Domicile of choice

Weiterhin existiert das *domicile of choice*, der gewählte Ursprungswohnsitz.

Aufgrund der im Fall *Jopp v Wood* (1865) ergangenen Entscheidung kann ein gewählter Ursprungswohnsitz nur unter zwei Voraussetzungen begründet werden: Zum einen muss die Person im Land physisch anwesend sein oder hier ihren Wohnsitz haben und zum anderen muss sie die Absicht haben, dies auch auf unbeschränkte Zeit zu sein.¹²

Der Wohnsitz ist bei dem *domicile of choice* nicht im Sinne des steuerlich oben bereits dargestellten *resident* zu verstehen. Vielmehr ist hier die körperliche Anwesenheit der Person von ausschlaggebender Bedeutung. Jedoch kann die physische Präsenz allein den Wechsel der Heimat nicht begründen.¹³ Es muss immer die Absicht der Person hinzutreten, sich in dem Staat auf unbeschränkte Zeit aufzuhalten, diesen als neue Heimat zu akzeptieren, sich dort niederzulassen und somit die vorherige Heimat aufzugeben.¹⁴ Unschädlich ist es ebenfalls, wenn es sich letztendlich um einen Aufenthalt von nur kurzer

¹² Trolley's Yellow Tax Handbook 2011-2012 4.3.2.; Truman, Taxation Magazine 2009, S. 566; Truman, Taxation Magazine 2006, 337.

¹³ Truman, Taxation Magazine 2006, 337.

¹⁴ Truman, Taxation Magazine 2006, S. 337; Udney v Udney (1869) LR 1 Sc & Div 441, 449, HL; Simons's Taxes E6.305.

Dauer handelt, soweit bei dem Zuzug bzw. der neuen Begründung der Heimat eine Absicht des zeitlich unbeschränkten Aufenthaltes vorlag.

Um ein *domicil of origin* zu begründen, muss die Person in dem gewünschten Staat physisch anwesend sein und den Willen und die Absicht haben sich dort zeitlich unbeschränkt niederzulassen.

Des Weiteren braucht nicht das Bewusstsein des Wechselns des Ursprungswohnsitzes vorliegen. Es zählt allein die innere Absicht der Person. Auch ein Wechsel der Nationalität braucht nicht angestrebt werden.

Sollten die Fakten der physischen Anwesenheit und die Absicht nachgewiesen sein, wird unwiderleglich vermutet, dass eine Änderung der Heimat stattgefunden hat und damit ein *domicil of choice* begründet wurde. Der Steuerpflichtige kann sich dann nicht dadurch entlasten bzw. die Vermutung widerlegen, indem er behauptet, dass er den Wunsch hat bzw. hatte, seine ursprüngliche Heimat beizubehalten.¹⁵

Die Möglichkeit zur Wahl des Ursprungswohnsitzes besteht für den Steuerpflichtigen mit Erlangung des 17. Lebensjahres.

2.2.1.3.3 Domicile of dependence

Für den Begriff des *domicile of dependence* besteht mittlerweile mit dem Domicile and Matrimonial Proceedings Act 1973 eine gesetzliche Verankerung. Die sogenannte Heimat der Abhängigkeit besteht nur für Kinder unter 16 Jahren, die unverheiratet sind, geistig behinderte Personen und Frauen, die vor 1974 geheiratet haben. Diese begründeten ihren Ursprungswohnsitz automatisch, ab dem Zeitpunkt der Hochzeit, in dem Land, in dem der Ehemann *domiciled* war. Diesen behalten sie so lang, wie sie nicht bewusst ein neuen begründen. Mit Inkrafttreten des Domicile and Matrimonial Proceedings Act 1973 wurde das *domicile of independence* für Ehefrauen abgeschafft. Für Frauen, die am 1. Januar 1974 oder später geheiratet haben, gelten folglich die allgemeinen Regelungen zur Begründung eines Domizils.

Das *domicile of independence* kann nur für unverheiratete Kinder unter 16, geistig behinderte Personen und Ehefrauen, die vor 1974 geheiratet haben, begründet werden.

Wie bereits oben dargestellt, entspricht das *domicile* von Kindern bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres dem der gesetzlichen Vertreter. Sind die Eltern verheiratet, richtet sich dies nach dem Ursprungswohnsitz des Vaters. Wenn sich die Heimat des Vaters ändert, erfolgt automatisch auch ein Wechsel der Heimat des Kindes.¹⁶

Sollte der Vater verstorben sein oder die Eltern getrennt leben richtet sich das *domicile of independence* nach der Heimat der Mutter. Im Gegensatz zur automatischen Änderung der Heimat beim Vater, ändert sich dies bei einem Wechsel der Heimat der Mutter nicht

¹⁵ Re Steer (1858) 3 H & N 594

¹⁶ Gulbenkian v Gulbenkian [1937] 4 All ER 618.

automatisch. Die Mutter hat nur das Recht, auch die Heimat ihres Kindes zu ändern, wozu sie aber nicht verpflichtet ist.¹⁷ Sie sollte dabei stets im Wohle des Kindes handeln.

Dieselben Regeln gelten für geistig behinderte Personen. Kommt ein Kind geistig behindert zur Welt oder wird es das bis zu seinem 16. Geburtstag, dann finden die Regeln, die für Kinder bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres gelten, Anwendung. In den übrigen Fällen kann die geistig behinderte Person keine Heimat wählen und behält die Heimat bei, die sie vor Veränderung ihres Geisteszustandes inne hatte.¹⁸

2.2.2 Die sachliche Steuerpflicht

Dem britischen Steuerrecht folgend, sollen nur ganz bestimmte Einkunftsarten der Einkommensteuer unterworfen sein. Als Zuflüsse gelten dabei die im Income and Corporation Taxes Act 1988 aufgezählten Einkunftsarten in Schedule A bis F.

Dazu zählen

- Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit sowohl im In- als auch im Ausland
- Einkünfte aus selbständiger bzw. unternehmerischer Tätigkeit
- Einkünfte aus inländischem Grundvermögen (i.d.R. Mieteinkünfte)
- Erträge aus Saving Income und Dividenden
- Sonstige Einkünfte

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass es den Begriff des Gewerbes bzw. des Gewerbebetriebes in Großbritannien nicht gibt. Demzufolge existieren auch keine Einkünfte aus Gewerbebetrieb, wie sie die §§ 15 ff. EStG vorsehen.

Ebenso ist dem britischen Recht der Begriff der freien Berufe fremd. Die aus dem deutschen Steuerrecht bekannten Einkünfte aus Gewerbebetrieb und Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit werden in Großbritannien unter den Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit bzw. selbständiger Tätigkeit subsumiert.

Einkünfte, die nicht unter die genannte Einkunftsarten subsumiert werden können, unterliegen grundsätzlich nicht der Besteuerung durch den britischen Fiskus.

Die Summe der Einkünfte stellt noch nicht den exakten Betrag dar, auf den die entsprechenden Steuersätze anzuwenden sind und aus der damit die tatsächlich zu zahlenden Steuern berechnet werden können.

Von der Summe der Einkünfte werden bestimmte abzugsfähige Ausgaben weggerechnet. Weiterhin sind individuelle Freibeträge je nach dem Alter der steuerpflichtigen Person anzuwenden.

Des Weiteren ist zu beachten, dass der jeweilig anzuwendende Steuersatz nach der Einkommensart zu bestimmen ist. In Großbritannien wird die Einteilung der Einkunftsarten wie folgt vorgenommen:

¹⁷ Simon's Taxes, I9.204.

¹⁸ Simon's Taxes I9.204.

Steuerstandort Großbritannien

Grundlagen und Praxis des britischen Steuerrechts

Tröger, B. - Raible, H.-P. (Hrsg.)

2013, XV, 221 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-8349-2976-1